



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 58.816/4
vom 10. Februar 2016

über

einen Dekretvorentwurf der Deutschsprachigen Gemeinschaft
,über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich‘

Am 15. Februar 2016 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von der Vize-Ministerpräsidentin und Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der vierten Kammer am 10. Februar 2016 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Pierre LIÉNARDY, Kammerpräsident, Martine BAGUET und Bernard BLERO, Staatsräte, Yves DE CORDT und Marianne DONY, Beisitzer, und Anne-Catherine VAN GEERSDAELE, Kanzler.

Der Bericht wurde von Roger WIMMER, Erster Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 10. Februar 2016 abgegeben.

*

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs, die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN¹

1. In einer Reihe von Bestimmungen des Vorentwurfs wird darauf abgezielt, technische Anpassungen vorzunehmen, indem die Wörter „der König“ durch die Wörter „die Regierung“ ersetzt werden.

Diese technischen Anpassungen sind jedoch überflüssig.

Artikel 52 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 'über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft' sieht tatsächlich Folgendes vor:

„§ 1. In den Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen:

1. berät die Regierung über alle Entwürfe von Dekreten oder Erlassen je nach Fall,

[...]

§ 2. Die Beratung in der Regierung ersetzt die durch ein Gesetz oder einen Königlichen Erlass vorgeschriebene Beratung im Ministerrat oder im Nationalen Ministeriellen Ausschuss jedes Mal, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die in die Zuständigkeit der Regierung fällt.

§ 3. Die einem Minister durch Gesetz, durch Erlass mit Verordnungsscharakter des Rates der Deutschen Kulturgemeinschaft oder durch Königlichen Erlass zugewiesenen Befugnisse werden von der Regierung ausgeübt jedes Mal, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die in die Zuständigkeit der Regierung fällt.“

Auch wenn diese Bestimmungen eine bessere Lesbarkeit der Texte fördern könnten, stellen sie Nachteile dar und verursachen sie Probleme im Bereich der Rechtssicherheit.

So wird beispielsweise in Artikel 36 des Vorentwurfs, der Artikel 7 § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 'über die Beschäftigungsförderung und die vorbeugende Sicherung der Konkurrenzfähigkeit' ergänzt, dieser Paragraph nicht angepasst und werden die Wörter „der König“ hinsichtlich der der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragenen Angelegenheiten durch die Wörter „die Regierung“ nicht ersetzt.

¹ Die Gesetzgebungsabteilung hat in dem am 25. Januar 2016 abgegebenen Gutachten 58.721/4 über einen Vorentwurf eines Dekretes der Wallonischen Region 'portant mise en œuvre de la Sixième Réforme de l'État et portant diverses dispositions relatives à la politique de l'emploi' dieselben Bemerkungen formuliert.

Obwohl eine solche terminologische Aktualisierung keinen Einwand erhebt, ist trotzdem dafür zu sorgen, dass dieser Vorgang, wenn er erfolgt, sich auf die gesamten Bestimmungen bezieht, für die er sich als notwendig erweisen würde. Würde diese Aktualisierung unter Auslassung gewisser Bestimmungen geschehen, würde sie nämlich zu Rechtsunsicherheit führen. Aus diesem Grund meint die Gesetzgebungsabteilung dass entweder darauf verzichtet wird, da das Gesetz vom 31. Dezember 1983 in seinem Artikel 52 diese Frage bereits geregelt hat, oder dass, wenn die Aktualisierung vorgenommen wird, diese voraussetzt, dass besonders darauf geachtet wird, dass die Gesamtheit der abzuändernden Bestimmungen tatsächlich angepasst wird und dass keine Zuständigkeitsüberschreitung begangen wird².

2. Andere Bestimmungen des Vorentwurfs zielen darauf ab, dem für Beschäftigung zuständigen Minister Vollmachten zu erteilen.

Diese Vollmachten stehen allerdings im Widerspruch zu Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 'zur Reform der Institutionen', der aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärt wurde und in dem bestimmt wird, dass die Regierung einem Minister Vollmachten erteilt.

Die Generalversammlung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats hat nämlich in ihrem Gutachten 38.297/AG an Folgendes erinnert³:

„Au niveau des communautés et des régions, le titulaire du pouvoir exécutif est le gouvernement lui-même, c'est-à-dire un collège. Ce schéma est radicalement différent de celui qui régit l'organisation du pouvoir exécutif au niveau fédéral où le titulaire de ce pouvoir est le Roi, agissant sous le contreseing d'un ministre.

Il découle de l'article 69 de la loi spéciale précitée du 8 août 1980 que, si le législateur décrétal désire investir l'exécutif communautaire ou régional d'un pouvoir quelconque, réglementaire ou non, ce pouvoir ne peut être délégué qu'au gouvernement comme tel.“

Der Vorentwurf ist im Lichte dieser Bemerkung zu revidieren.

² Siehe ebenfalls die besonderen Bemerkungen unter den Artikeln 2, 21, 22 und 29.

³ Gutachten 38.297/AG vom 10. Mai 2005 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 1. Juli 2005 „portant diverses mesures en matière d'enseignement obligatoire et de promotion sociale, d'enseignement supérieur, de promotion de la santé à l'école, de la coordination, de l'accueil des enfants durant leur temps libre et au soutien de l'accueil extrascolaire, de l'aide à la jeunesse, d'éducation permanente et de fonds budgétaires“ geworden ist (*Dok. Parl. Fr. Gem.*, 2004-2005, Nr. 111/1, Seiten 60-66).

3. Was insbesondere das Funktionieren der mit der entworfenen Regelung eingeführten Inspektionsdienste betrifft, wird der Verfasser des Vorentwurfs auf Artikel 6 § 3bis Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 aufmerksam gemacht, der aufgrund von Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärt wurde und der wie folgt lautet:

„Es werden Absprachen zwischen den betreffenden Regierungen und der betreffenden Föderalbehörde getroffen über:

1. den Informationsaustausch zwischen den Ausbildungs-, Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsdiensten sowie über die Initiativen bezüglich der Programme zur Wiederbeschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden.“

Der Verfasser des Textes wird dafür sorgen, dass diese Bestimmung beachtet wird.

BESONDERE BEMERKUNGEN

VERFÜGENDER TEIL

Artikel 2

Artikel 2 des Vorentwurfs zielt insbesondere darauf ab, Artikel 8 §§ 9 und 11 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 'über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer', der sich auf die lokalen Beschäftigungsagenturen bezieht, abzuändern.

Gemäß Artikel 6 § 1 IX Nr. 11 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 können die Regionen und die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar die Regelung bezüglich der lokalen Beschäftigungsagenturen aufheben, ergänzen, abändern oder ersetzen.

Sie sind ebenfalls zuständig, um “die Verfahren, Bedingungen und Modalitäten festzulegen, nach denen in ihren Diensten, bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von den [...] Regionen abhängen, [...] Leiharbeit in Anspruch genommen werden kann.” (Artikel 87 § 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980, der aufgrund von Artikel 54 Absatz 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärt wurde).

Die Föderalbehörde bleibt jedoch als einzig zuständig für das Arbeitsrecht, das ebenfalls das Recht auf Konsultation und kollektive Verhandlungen mit einbezieht (Artikel 6 § 1 VI Absatz 5 Nr. 12 und 87 § 5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980).

Die Nrn. 14 und 16 von Artikel 2 des Vorentwurfs sind folglich auszulassen.

Artikel 9

Die Gesetzgebungsabteilung fragt sich, ob die unter Nr. 5 erwähnte Bedingung zulässig ist, da sie dazu bestimmt ist, auf einen Ausländer Anwendung zu finden, dem es gestattet ist, sich in Belgien aufzuhalten oder sich dort niederzulassen⁴.

Außerdem muss die Beeinträchtigung des Privat- und Familienlebens gerechtfertigt werden können. Der Kommentar zum Artikel ist in diesem Sinne zu ergänzen.

Artikel 21, 22 und 29

Die Artikel 21, 22 und 29 des Vorentwurfs zielen darauf ab, die Artikel 109, 110 und 130 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 'zur Festlegung sozialer Bestimmungen' abzuändern, die die als berufliche Ausbildungen geltenden Ausbildungen für die Gewährung des bezahlten Bildungsurlaubs im Rahmen der ständigen Weiterbildung der Arbeitnehmer festlegen oder betreffen.

Gemäß Artikel 92*bis* § 4*octies* des Sondergesetzes vom 8. August 1980, der aufgrund von Artikel 55*bis* des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärt worden ist, sind die Regionen und die Gemeinschaften dazu verpflichtet, ein Zusammenarbeitsabkommen für die Organisation und Anerkennung der Ausbildungen abzuschließen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist also nicht zuständig, um die Artikel 109, 110 und 130 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 abzuändern.⁵

Die Artikel 21, 22 und 29 des Vorentwurfs sind folglich auszulassen.

Artikel 40 bis 53

Wie insbesondere aus der Umsetzungstabelle hervorgeht, zielen die Artikel 40 bis 53 des Vorentwurfs hauptsächlich darauf ab, drei EU-Richtlinien teilweise umzusetzen.⁶⁻⁷

⁴ Siehe Artikel 4 § 1 des Gesetzes vom 19. Februar 1965 'über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige', auf den die entworfene Bestimmung unter Nr. 6 ausdrücklich hinweist.

⁵ Im Gutachten 58.721/4 hat die Gesetzgebungsabteilung dieselbe Bemerkung formuliert.

⁶ Es handelt sich um:

- die Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 'über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten';
- die Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 'über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer';
- die Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 'über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers'.

Die Richtlinie 2011/98/EU zielt insbesondere darauf ab, ein einheitliches Antragsverfahren einzuführen, das zur Erteilung einer kombinierten Aufenthalts-/Arbeitserlaubnis in einem einzigen Verwaltungsakt führt (Erwägungsgrund 3 der Richtlinie), „kombinierte Erlaubnis“ genannt, d.h. einen von den Behörden eines Mitgliedstaats ausgestellten Aufenthaltstitel, der es einem Drittstaatsangehörigen gestattet, sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats zu Arbeitszwecken aufzuhalten (Artikel 2 c) der Richtlinie).

Mit Artikel 51 des Vorentwurfs wird die Regierung ermächtigt, „unbeschadet der Zuständigkeiten der Föderalbehörde“ die Kategorien und die Bedingungen für Erteilung, Gültigkeit, Verlängerung, Erneuerung, Verweigerung und Entzug der kombinierten Erlaubnis zu bestimmen, die Modalitäten für das einheitliche Antragsverfahren auf eine kombinierte Erlaubnis und für dessen Verlängerung oder Erneuerung festzulegen und die Modalitäten für Erteilung, Verweigerung und Entzug der kombinierten Erlaubnis zu bestimmen (entwurfener Artikel 8 §1 Absatz 1 und § 2.1).

In ihrem Gutachten 53.932/AG hat die Generalversammlung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats diesbezüglich Folgendes hervorgehoben⁸:

„ [...]

2. Aux littéras *d)* et *e)*, l'article 6, § 1^{er}, IX, 3° et 4°, proposés de la loi spéciale du 8 août 1980 confie aux régions :

‘3° l'occupation des travailleurs étrangers, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées et aux dispenses des cartes professionnelles liées à la situation particulière de séjour des personnes concernées.

La constatation des infractions peut aussi être effectuée par les fonctionnaires habilités à cette fin par l'autorité fédérale.

4° l'application des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées. La surveillance du respect de ces normes relève de l'autorité fédérale. La constatation des infractions peut également être faite par des agents dûment habilités à cette fin par les régions.’

Actuellement, en vertu de l'article 6, § 1^{er}, IX, 3°, de la loi spéciale 8 août 1980, les régions sont compétentes dans les matières suivantes :

‘3° l'application des normes concernant l'occupation des travailleurs étrangers.

La surveillance du respect de ces normes relève de l'autorité fédérale.

⁷ Im Kommentar zu Artikel 40 wird betont:

„Die Umsetzung der Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen fand bereits durch ein Gesetz vom 11. Februar 2013 statt. Der Verweis wird hier lediglich der Vollständigkeit halber aufgeführt.“

⁸ Gutachten 53.932/AG vom 27. August 2013 über einen Vorschlag, der zum Sondergesetz vom 6. Januar 2014 ‘über die Sechste Staatsreform’ geworden ist (*Parl. Dok.*, Senat, 2012-2013, Nr. 5-2232/3, Seiten 35-36 und 38-39).

La constatation des infractions peut également être faite par des agents dûment habilités à cette fin par les régions.’

Les dispositions proposées font l’objet notamment du commentaire suivant :

‘Les régions deviennent compétentes pour l’occupation des travailleurs étrangers à l’exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées et aux dispenses de cartes professionnelles liées à la situation particulière de séjour des personnes concernées.

La proposition prévoit la régionalisation des permis de travail A et B, ainsi que de la carte professionnelle pour travailleurs indépendants y compris les dispenses y afférentes. Ceci implique que les régions sont compétentes pour leur réglementation, leur application, leur contrôle et leur maintien. [...]’.

L’autorité fédérale demeure compétente, en vertu de sa compétence résiduelle, pour les matières relatives au statut administratif des étrangers (séjour, établissement, éloignement, etc.).

L’attention du législateur spécial est attirée sur le fait qu’en vertu de la directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 ‘établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d’un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d’un État membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui réside légalement dans un État membre’, les États membres de l’Union européenne seront tenus, à dater du 25 décembre 2013⁹, soit avant la date d’entrée en vigueur de la loi spéciale proposée, d’établir notamment ‘une procédure de demande unique en vue de la délivrance d’un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider sur le territoire de l’État membre afin d’y travailler, de manière à simplifier les procédures d’admission de ces personnes et à faciliter le contrôle de leur statut’¹⁰.

Il serait utile qu’à l’occasion de la discussion parlementaire relative à la proposition de loi spéciale à l’examen, il soit exposé comment, s’agissant de cette procédure unique, la directive pourra concrètement être mise en œuvre dans le contexte de l’octroi aux régions de la compétence en matière d’occupation des travailleurs étrangers (sous réserve du maintien de certaines compétences fédérales, telles qu’exposées à l’article 6, § 1^{er}, IX, 3^o et 4^o, proposés de la loi spéciale du 8 août 1980) et du maintien de la compétence fédérale en ce qui concerne le statut administratif des mêmes personnes.

Si un accord de coopération doit être conclu entre les régions et l’autorité fédérale sur ces questions, il pourra être fait application de l’article 92bis, § 3, c), de la loi spéciale du 8 août 1980, aux termes duquel ‘[l]’autorité fédérale et les régions concluent en tout cas un accord de coopération : [...] c) pour la coordination des politiques d’octroi du permis de travail et l’octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l’emploi de travailleurs étrangers’; il résulte en effet des explications des délégués de la Présidente du Sénat que cette disposition sera maintenue¹¹.

⁹ Fußnote 75 des o.a. Gutachtens : Article 15, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la directive précitée.

¹⁰ Fußnote 76 des o.a. Gutachtens : Article 1^{er}, paragraphe 1^{er}, a), de la directive précitée.

¹¹ Fußnote 77 des o.a. Gutachtens : Voir l’observation n° 6, ci-après.

[...]

6. [...]

Les articles 6, § 3bis, 1°, et 92bis, § 3, c), actuels de la loi spéciale du 8 août 1980 prescrivent déjà respectivement une concertation entre les gouvernements concernés et l'autorité fédérale et un accord de coopération entre l'autorité fédérale et les régions concernant certaines matières relatives à la politique de l'emploi. L'article 92bis, § 3, c), de la loi spéciale du 8 août 1980 dispose que l'autorité fédérale et les régions concluent en tout cas un accord de coopération pour la coordination des politiques d'octroi du permis de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi de travailleurs étrangers.

La question se pose de savoir si les dispositions de la présente proposition de loi qui remplacent et insèrent l'article 6, § 1, IX, 3° et 4°, de la loi spéciale du 8 août 1980 requièrent d'adapter ou de compléter éventuellement l'article 92bis, § 3, c).

Consultés à ce propos, les délégués de la Présidente du Sénat ont répondu en ces termes :

‘Het bestaande artikel 92bis, § 3, c), van de BWHI blijft zijn relevantie behouden:

De gewesten worden door het voorstel bevoegd voor de arbeidsvergunningen, terwijl de federale overheid bevoegd blijft voor de verblijfsvergunningen, zodat coördinatie aangewezen blijft.

Wat de coördinatie omtrent de ‚normen betreffende de tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten’ betreft, is het weliswaar zo dat deze bepaling deels zonder voorwerp wordt aangezien de normeringsbevoegdheid overgaat van de federale overheid naar de gewesten ingevolge het voorgestelde artikel 6, § 1, IX, 3° BWHI. De bepaling blijft evenwel zijn relevantie behouden voor de arbeidskaart afgeleverd in functie van de specifieke verblijfssituatie van de betrokken personen en de vrijstellingen van beroepskaarten verbonden aan de specifieke verblijfssituatie van de betrokken personen, waar de federale overheid bevoegd blijft voor de normering en de gewesten bevoegd blijven voor de toepassing ervan (artikel 6, § 1, IX, 4°, BWHI).’.

[...]“.

In ihrer Antwort haben die Verfasser des Sondergesetzesvorschlags Folgendes bemerkt:¹²

„Les auteurs de la proposition soulignent qu’il va de soi que, dans l’exercice de leurs compétences, l’autorité fédérale et les Régions sont chacune tenues de respecter leurs obligations supranationales.

Dans la mesure où la directive 2011/98/UE contraint l’autorité fédérale et les Régions d’établir une procédure de demande unique, l’autorité fédérale et les Régions devront coopérer afin de mettre en œuvre la directive 2011/98/UE, sous peine de transgresser la directive 2011/98/UE.

¹² Bericht des Ausschusses für institutionelle Angelegenheiten (*Dok. parl.*, Senat, 2013-2014, Nr. 5-2232/5, S. 256).

Il est loisible aux entités concernées de déterminer la manière dont elles la mettront en œuvre. Les auteurs de la présente proposition confirment par ailleurs que l'article 92bis, § 3, c), de la loi spéciale de réformes institutionnelles est maintenu¹³.

Was die kombinierte Erlaubnis und das einheitliche Antragsverfahren betrifft¹³, kann es nicht sein, dass nur die Deutschsprachige Gemeinschaft die Richtlinie 2011/98/EU und die beiden anderen Richtlinien umsetzt.¹⁴

Unter Berücksichtigung der Zuständigkeitsverteilung diesbezüglich ist ein Zusammenarbeitsabkommen tatsächlich das einzige Rechtsinstrument, das für die Verabschiedung einer koordinierten Regelung zur Umsetzung der drei o.a. EU-Richtlinien eine ausreichende Garantie bieten wird.

In Anbetracht des grundlegenden Charakters dieser Bemerkung wurden die Artikel 40 bis 53 nicht weiter untersucht.

Artikel 71

Die Bestimmungen des Dekretvorentwurfs treten mit Wirkung vom 1. Januar 2016 oder am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft.

Gemäß einer ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs ist die Nichtrückwirkung der Gesetze eine Garantie zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit. Diese Garantie erfordert es, dass der Rechtsinhalt vorhersehbar und zugänglich ist, damit der Rechtsunterworfenen in einem vernünftigen Maße die Folgen eines bestimmten Handelns zum Zeitpunkt der Ausführung dieser Handlung vorhersehen kann. Die Rückwirkung ist nur zu rechtfertigen, wenn sie zur Verwirklichung einer Zielsetzung des Allgemeininteresses unerlässlich ist. Wenn sich außerdem herausstellt, dass die Rückwirkung zur Folge hat, dass der Ausgang irgendeines Gerichtsverfahrens in einem bestimmten Sinne beeinflusst wird oder dass die Gerichte daran gehindert werden, über eine Rechtsfrage zu befinden, verlangt es die Beschaffenheit des betreffenden Grundsatzes, dass außergewöhnliche Umstände oder zwingende Gründe allgemeinen Interesses dieses Eingreifen des Gesetzgebers rechtfertigen, das zum Nachteil einer bestimmten Kategorie von Bürgern die allen gebotenen Rechtsprechungsgarantien beeinträchtigt.

Es kommt dem Verfasser des Vorentwurfs zu, zu prüfen, ob die oben angeführten Bedingungen im vorliegenden Fall erfüllt worden sind, damit die erwogene Rückwirkung angenommen werden kann.

¹³ Es wird daran erinnert, dass die Richtlinie 2011/98/EU nicht nur darauf abzielt, ein einheitliches Antragsverfahren einzuführen, das zur Erteilung einer kombinierten Aufenthalts-/Arbeitserlaubnis in einem einzigen Verwaltungsakt führt, sondern auch bezweckt, ein auf dem Grundsatz der Gleichstellung mit eigenen Staatsangehörigen beruhendes gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, festzulegen.

¹⁴ Wie im Kommentar zu Artikel 41 hervorgehoben wird, verweisen die drei Richtlinien alle auf die "kombinierte Erlaubnis" und auf das "einheitliche Antragsverfahren".

Für die Bestimmungen, die nicht am 1. Januar 2016 in Kraft treten, ist es auf jeden Fall nicht annehmbar, dass deren Inkrafttreten „am Tag der Verabschiedung“ des Dekrets festgelegt wird, sodass die betroffenen Bestimmungen gemäß Artikel 48 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 am gewöhnlichen Datum des Inkrafttretens der Dekretsvorschriften in Kraft treten.

SCHLUSSBEMERKUNG

Der Rechtssicherheit halber wird der Verfasser des Vorentwurfs die einleitenden Sätze überprüfen, damit genau die noch geltenden Abänderungsbestimmungen erwähnt werden.

DER KANZLER

DER PRÄSIDENT

Anne-Catherine VAN GEERSDAELE

Pierre LIÉNARDY

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

Danièle LANGBEEN